

TUNESIEN

# Die Gier nach Freiheit

Nach der Revolution des Volkes erlebt das Land einen gesellschaftlichen Umsturz, dessen Tempo atemraubend ist. Parteien werden gegründet, die Presse genießt ihre neue Freiheit, Politiker planen die Zukunft. Sie wollen Stabilität, keine Rache.

Sie sitzen im Kreis, einige stehen, 18 Frauen und Männer; es ist ihre Redaktionskonferenz, eine der ersten, die es bei der Zeitung „La Presse“ je gab. Sie reden über das Ungeheuerliche, das in ihrem Land geschieht, und darüber, was morgen in ihrer Zeitung stehen soll.

Es ist wie ein Rausch, sie wollen jetzt tun, was sie nie getan haben. Sie wollen die Geschichten erzählen, die das Land bewegen: Die kleine Buchhandlung um die Ecke preist in ihrer Auslage Bücher an, die bisher verboten waren; die Geschäfte öffnen langsam wieder, aber die Nahrungsmittel bleiben knapp; die Menschen auf der Straße kritisieren die neue Regierung. All das soll am nächsten Tag bei ihnen vorkommen.

Auch über Facebook wollen sie schreiben, das für die Jugend des Landes zur alternativen Nachrichtenagentur geworden ist, sie überlegen sogar, die Bilder abzdrukken, die online aus dem ganzen Land kursieren, von Polizeigewalt und Zerstörung.

Doch sie sind sich auch unsicher. Wie weit sollen sie gehen? Dürfen sie einzelne Minister kritisieren, die nichts taugen? Sollen sie alle Kommentare namentlich zeichnen? Sie debattieren, und sie streiten sich, und Faouzia Mezzi, die unter Zine el-Abidine Ben Ali zeitweise Schreibverbot hatte und an diesem Tag die Sitzung leitet, hat große Mühe, jene zu bändigen, die am liebsten alles sofort ändern wollen. „Erst einmal müssen wir schauen, dass wir überhaupt eine Zeitung herausbringen“, sagt sie. „Seid geduldig.“

Es ist der fünfte Tag nach der Flucht des Diktators Ben Ali, und es ist der fünfte Tag der Pressefreiheit. Niemand hat sie ihnen gegeben, sie haben sie sich genommen. Während das Land aufstand gegen das Regime, haben sie ihre eigene Revolution gemacht.

Ihre Zeitung, in Französisch und Arabisch erscheinend, eine der ältesten des Landes, gehört, wie fast die gesamte Presse, dem Staat, und der Staat bestimmte

auch die Redaktionsleiter. Die wiederum diktierten die Themen und zensierten alles, was das Regime hätte stören können, natürlich zensierten sich die Journalisten auch selbst. „La Presse“ war bis zur Revolution ein graues Verlautbarungsorgan.

Am Freitag vorvergänger Woche, noch bevor Diktator Ben Ali mit seiner Familie aus dem Land gejagt worden war, ließen auch sie sich anstecken von der Gier nach Freiheit, die das ganze Land erfasst hatte. Sie entmachteten den Chefredakteur, einfach so, und bestimmten ein Kollektiv von zehn Leuten, das die Zeitung seither führt.

Der alte Chefredakteur schleicht noch über die Flure, er hat noch sein Büro mit dem Ledersessel, aber nichts mehr zu sagen. Seine Journalisten entdecken währenddessen, was es bedeutet, in einer freien Gesellschaft zu leben. So wie alle Tunesier in diesen Tagen.

„Ich schlage einen Leitartikel vor“, ruft die Kulturredakteurin Olfa Belhassine in die Runde, „mit dem Titel: Wer hat Angst vor der Pressefreiheit?“ Sie sagt, sie arbeite seit 20 Jahren in ihrem Beruf, und sie habe immer davon geträumt, einen solchen Artikel schreiben zu können. Am nächsten Tag steht er in der Zeitung.

Im vierten Stock des Pressehauses an der Rue Ali Bach Hamba sind all die Gefühle spürbar, die das Land durchlebt, seit die Tunesier ihren Diktator verjagt haben. Da ist die Euphorie angesichts der neuen Zeit, die angebrochen ist. Aber da ist auch ein wenig Furcht davor, dass alles bald vorbei sein könnte, aber die schwindet von Tag zu Tag.

In der Woche nach dem Tyrannensturz erlebt Tunesien einen gesellschaftlichen Wandel von ungeheurer Geschwindigkeit. Die Regierenden kommen der Straße täglich weiter entgegen. Am Dienstag treten Premierminister und Übergangspräsident aus der alten Staatspartei RCD aus, am Donnerstag die restlichen Minister, das Zentralkomitee der Partei wird aufgelöst,



Demonstranten auf den Straßen von Tunis am 20.

ein Minister des alten Regimes tritt zurück, und das Kabinett beschließt in seiner ersten Sitzung eine Amnestie für politische Gefangene und die Zulassung aller Parteien, auch die der Islamisten.

Es ist eine geordnete Revolution, in der die Straßen weiter gekehrt werden und die Straßenbahnen sich pünktlich ihren Weg durch die Menschenmassen bahnen. Im Hauptbahnhof, der die Proteste leicht angekollert überstanden hat, ist der Fahrkartenkontrolleur stolz darauf, dass kein einziger Fernzug ausgefallen ist.

Die Armee hat das Land gerettet, so sehen es viele Tunesier. Sie hat in wenigen Tagen die mordenden Garden des geflohenen Diktators besiegt und die Polizei



CHRISTOPHER FURLONG / GETTY IMAGES

**Januar:** Die Armee hat das Land gerettet, so sehen es viele Tunesier

in die Schranken gewiesen. Als es vergangene Woche so aussieht, als könnte die Übergangsregierung gleich wieder kollabieren, und viele sogar hoffen, dass die Armee eingreift, bleibt diese im Hintergrund.

Gegen Ende der Woche hat sich die Lage stabilisiert, auch wenn die Panzer noch immer auf den Straßen stehen und Soldaten weiterhin die großen Promenaden und Regierungsgebäude abriegeln.

Im Vorzimmer von Minister Ahmed Brahim steckt noch ein weißer Nagel in der Wand, daran hing bis vor wenigen Tagen das Porträt Ben Alis. Sein zufriedenes Gesicht, das früher überall in der Stadt zu sehen war, ist verschwunden.

Und Brahim, 64, ist nun Regierungsmitglied, ein massiger Mann mit rundem Kopf, den Ben Ali mehrmals ins Gefängnis sperren ließ. Bei der letzten Präsidentschaftswahl durfte er als Feigenblatt antreten. Er erhielt offiziell 1,57 Prozent der Stimmen.

„Rache ist jetzt Nebensache“, sagt Brahim in seinem schlecht beleuchteten Büro im Ministerium für Höhere Bildung. Er wolle hier nicht erleben, was im Irak geschah, er wolle keine Hexenjagd auf die früheren Mitglieder der Staatspartei RCD. Jeder zehnte der zehn Millionen Tunesier gehörte ihr an, doch die wenigsten waren überzeugte Anhänger, die meisten Mitläufer. Brahim sagt, nur Verbrechern solle

der Prozess gemacht werden. Viel wichtiger sei es jetzt, freie Wahlen vorzubereiten. Die sollten laut Verfassung in zwei Monaten stattfinden, doch Tunesien hat kaum organisierte Parteien. Das Land brauche mehr Zeit, sagt er, er denke an sechs bis sieben Monate.

Auf den Straßen ist die Demokratie schon angekommen, die Avenue Habib Bourguiba, der große Boulevard im Stadtzentrum, hat sich zu einem politischen Forum entwickelt, auf dem die Menschen erregt diskutieren. Sie alle hassen die alte Elite, aber was die Zukunft angeht, haben sie sehr unterschiedliche Vorstellungen.

Am Donnerstagnachmittag stehen dort Dutzende junger Männer mit kurzen

# „Ich bin kein Chomeini“

Der in London lebende tunesische Islamistenführer Rachid Ghannouchi, 69, über seine geplante Rückkehr in die Heimat und die Ziele seiner bislang verbotenen Partei

**SPIEGEL:** Herr Ghannouchi, steht Ihnen ein triumphaler Empfang bevor?

**Ghannouchi:** Ich bin kein Chomeini, und Tunesien ist nicht Iran. Ich bin vor allem ein tunesischer Staatsangehöriger, der nach Hause will. Seit 22 Jahren muss ich im Exil leben wegen politisch konstruierter Anklagen gegen mich.

**SPIEGEL:** Werden Sie in Tunis als Chef der einst größten islamistischen Partei al-Nahda bald eine entscheidende Rolle spielen?

**Ghannouchi:** Ich strebe kein Amt an, ich bin ja auch schon bald 70; da gibt es jüngere Leute in unserer Bewegung. Doch ich möchte intellektuell beitragen zu dieser historischen Wende, die Tunesien aus der Ära der Unterdrückung in die der Demokratie führt.

**SPIEGEL:** Wann genau fliegen Sie?

**Ghannouchi:** Sehr bald, hoffe ich.

**SPIEGEL:** Aber die neue Führung hat das auf dreimal lebenslänglich lautende Urteil gegen Sie nicht aufgehoben.

**Ghannouchi:** Wir lehnen diese Regierung in ihrer Gesamtheit ab. Sie besteht größtenteils aus Mitgliedern der alten Garde, die sich über Jahrzehnte an Korruption und Unterdrückung beteiligt haben. Die richtige Opposition – wir, Menschenrechtler, Kommunisten, der Großteil der Zivilgesellschaft – findet sich darin nicht wieder. Alle Oppositionsparteien sind sich einig, dass wir als Erstes eine Generalamnestie brauchen.

**SPIEGEL:** Ist Tunesien nicht zumindest für eine Übergangszeit auf erfahrene Leute des alten Regimes angewiesen?

**Ghannouchi:** Nein. Die jetzige Regierung hat keinen echten Willen zu Reformen und will nur den Anschein einer pluralistischen Demokratie erzeugen. Wir haben genügend unabhängige Experten, die das Vertrauen des Volks genießen. Wir müssen die Diktatur mit Stumpf und Stiel ausreißen, sonst war das Blut der Märtyrer umsonst.

**SPIEGEL:** Wie groß ist der Rückhalt für Ihre Partei im Volk?

**Ghannouchi:** Wir geben uns da keinen Illusionen hin. Nach Jahrzehnten der Unterdrückung, nach Haft, Folter und Exil von Zehntausenden von uns, hat al-Nahda heute nicht die Popularität von 1989, als wir verboten wurden. Erst Wahlen werden zeigen, wie stark wir sind.

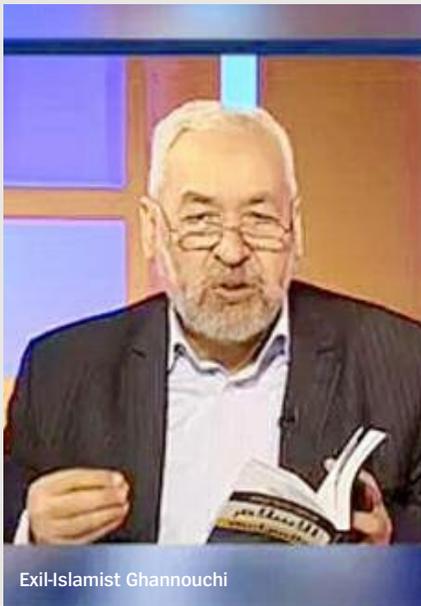
**SPIEGEL:** Sie stehen für einen gemäßigten Islamismus, ähnlich der Regierungspartei AKP in der Türkei. Aber in Tunesien gibt es weitaus radikalere Kräfte als Sie. 2002 wurde auf Djerba der erste große Terroranschlag der Qaida im Land verübt.

**Ghannouchi:** Die Radikalisierung wurde erst möglich durch die Unterdrückung von Parteien wie unserer. Wir haben immer davor gewarnt. Repression mindert nicht die Gefahr von Terrorismus, sondern macht ihn umso wahrscheinlicher. Nur wenn es Demokratie

diese Partei ist. Nur Koalitionen werden uns vor neuer Tyrannei bewahren. Wir brauchen Gewaltenteilung und einen Rechtsstaat, der Gedanken-, Presse- und Versammlungsfreiheit garantiert.

**SPIEGEL:** Wollen Sie eine islamische Republik?

**Ghannouchi:** Wir glauben, dass die Ziele, die ich eben benannt habe, direkt aus dem Islam hervorgehen. Er verlangt, die „Schura“, also Mitwirkung und öffentliche Konsultation, zum Regierungsprinzip zu machen.



Exil-Islamist Ghannouchi



und Freiheit für alle gibt, auch für gemäßigte islamistische Parteien, können junge Leute sich auf offene und zivile Weise positiv engagieren.

**SPIEGEL:** Die EU hat das Regime von Ben Ali über Jahre unterstützt. Hat sie die Tunesier im Stich gelassen?

**Ghannouchi:** Europa hat seine Interessen verfolgt, aber dabei seine eigenen Werte verraten. Die Europäer haben Ben Ali mit Auszeichnungen überhäuft, während er daheim sein eigenes Volk mordete. Das Schweigen Europas hat die Diktatur verlängert.

**SPIEGEL:** Wenn al-Nahda jetzt an die Macht käme – wie würde ihre Politik aussehen?

**Ghannouchi:** Wir wollen keine Einparteien-Herrschaft, ganz egal, wer

**SPIEGEL:** Wie stehen Sie zur Geschlechtergleichheit?

**Ghannouchi:** Wir haben oft und deutlich gesagt, dass wir Tunesiens weitreichendes Gleichstellungsgesetz akzeptieren als eine legitime Interpretation des Islam. Ich selbst habe vier Töchter. Die älteste ist Doktor der Soziologie, zwei arbeiten an ihren Dissertationen, eine ist Anwältin. Ich halte daran fest, dass Frauen ein gleiches Recht auf Bildung, Arbeit und auf gesellschaftliches und politisches Engagement haben.

**SPIEGEL:** Verlangen Sie die Scharia?

**Ghannouchi:** Das steht nicht auf der Liste unserer Forderungen. Was Tunesien jetzt braucht, sind Freiheit und der Aufbau einer echten Demokratie.

INTERVIEW: MARCO EVERS

Bärten und Sonnenbrillen. Einer sagt: „Gott hat das alles getan“ und verlangt nach einer gottesfürchtigen Regierung, während ein anderer sich mit einer geschminkten jungen Frau streitet. Sie sagt, sie fürchte sich vor diesen Leuten, sie habe Angst davor, dass die Islamisten eine bedeutende politische Kraft werden könnten. Nirgendwo sonst in der arabischen Welt haben Frauen heute so viele Rechte wie in Tunesien, nirgends gibt es so wenige Kopftücher zu sehen wie hier.

Die Islamisten sind zurzeit nur eine versprengte Minderheit, Experten trauen ihnen ein Wählerpotential von maximal 20 Prozent zu. Doch im Verlauf der Woche zeigen sie sich immer offener auf den Straßen, um gegen „importiertes Gedankengut“ Stimmung zu machen.

Die meisten Demonstranten wollen zuallererst ein Ende der Korruption. Es sind längst nicht nur die gebildeten Jugendlichen, die sich über Facebook organisie-

die ersten Tage auf dem Weg in die Demokratie.

Die Symbole der neuen Ära sind die zerstörten Paläste des Präsidentenclans, gegen die sich der Volkszorn entlud. Er richtete sich vor allem gegen die Villen der Trabelsis, der Familie der Präsidentengattin, die berüchtigt war für schamlose Bereicherung. Die Häuser in den reichen Vororten von Tunis liegen in Trümmern, und zu Tausenden strömen die Schaulustigen hin, um die Ruinen der Diktatur zu besichtigen, auch viele Familien mit ihren Kindern.

Ein besonders geschmackloser Prunkbau war der Palast von Belhassan Trabelsi, dem Schwager Ben Alis. Nun steht von dem einst zweistöckigen Anwesen mit vorgelagertem Park nur noch das nackte Mauerwerk da, das Innere ist verkohlt und ausgeweidet, sogar die Fensterrahmen sind verschwunden. Auf dem Boden liegt noch Müll. Eine Packung Haarfärbemittel, eine Quittung von Dolce&Gabb-

dieses Clans, der aus einfachen Verhältnissen an die Spitze des Staates gelangte und sogar eigene Nummernschilder besaß, damit die Polizei seine Mitglieder in Ruhe ließ.

Der Mann, der den Auftrag hat, sich das neue Tunesien auszudenken, heißt Yadh Ben Achour. Er betritt seine Privatbibliothek in schwarzen Trainingshosen und nimmt Platz unter einem Gemälde seines Großvaters, eines großen Religionsgelehrten und ehemaligen Ministerpräsidenten.

Kaum ein Ort wirkt so entrückt von den Geschehnissen der vergangenen Woche, von den Demonstrationen und dem alltäglichen Gezänk, wie dieser Raum im obersten Geschoss eines Palasts in La Marsa, einem reichen Stadtteil von Tunis. Tausendjährige Koranschriften hängen an den Wänden, in den Vitrinen liegen Taschenuhren aus dem Osmanischen Reich.

Ben Achour ist Schriftsteller, Anwalt, ein weltlicher Mann und ein Gelehrter des Korans. Er gehört einer Familie an, die zur alten Aristokratie Tunesiens zählt. Ein Mann, der von allen geachtet wird, ein Intellektueller mit dünner schwarzer Metallbrille, der in akzentfreiem Pariser Französisch spricht. Im Mai 1968, als er Student der Jurisprudenz war, haben ihm die Polizisten in Paris mit Knüppeln auf den Kopf gehauen.

Ben Achour sagt, nicht die wirtschaftliche Not der Jugend habe zur Revolution geführt, sondern das Klima der Unterdrückung in diesem System, und dafür seien die eigenen Nummernschilder nur ein Beispiel gewesen.

Er hat den Auftrag erhalten, die Kommission für politische Reform zu leiten, er wird das neue Tunesien mit erfinden müssen und maßgeblich gestalten, und auch wenn er das nicht allein entscheide, sagt er, so sei doch klar, was er sich persönlich für Tunesien wünsche: ein Land mit einem demokratisch gewählten Parlament, gelenkt von einer Regierung und einem Ministerpräsidenten. Einen Präsidenten brauche man auch, ja, aber nur einen mit sehr beschränkter Macht.

„Das ist das Wesen der Demokratie“, sagt Ben Achour. „Wer gewinnt, darf seinen Sieg nicht ganz auskosten, darum geht es.“

Wie er dahin kommt, weiß er noch nicht, es sind noch nicht einmal die übrigen Mitglieder seiner Kommission benannt. Er glaubt ebenfalls, dass das Land deutlich länger Zeit als nur zwei Monate braucht bis zu den Wahlen.

Aber Ben Achour sagt auch, wenn Indien eine Demokratie sein könne, mit seinen vielen Sprachen, seiner riesigen Bevölkerung, dann werde Tunesien es ebenfalls schaffen, das fortschrittlichste, das modernste Land der arabischen Welt zu werden.

MATHEU VON ROHR,  
VOLKHARD WINDFUHR



„La Presse“-Redaktion, Reformier Ben Achour: „Den Sieg nicht auskosten, darum geht es“

ren. Sondern etwa auch Khaled Gasmî, 57, ein hagerer Mann mit Schnurrbart, der zwei Spiele bei der WM 1978 in Argentinien bestritt, Mittelfeld, gegen Rummenigge. Er sagt, der neue Interimspräsident, Fouad Mebazaa, ein Mann der alten Garde, sei so korrupt wie Ben Ali.

Ein paar Meter weiter geht ein Mann mit einem grünen Fez die Straße hinunter, er heißt Maatoug Mohsen und ist auf dem Weg zu einer Versammlung von einer der beiden grünen Parteien Tunesiens. Er hat jahrelang als Touristenführer gearbeitet und will sich nun der Sache widmen, die ihn am meisten umtreibt: dem Kampf für eine nachhaltige Entwicklung und gegen Pestizide in der Landwirtschaft.

Es ist die Zeit der Parteiengründungen und der großen Debatten. Tunesien erlebt

bana aus Paris, mit Kinderschrift beschriebene Blätter aus dem Staatskundeunterricht in der Schule: „Verfassung: das Fundament des Staates“.

Viele Besucher ärgern sich über die Zerstörungen, sie sagen, man müsse die Häuser bewahren und sie dem Volk übergeben. Aber alle teilen den Hass auf die vertriebene Familie. „Das waren Diebe“, sagt Dorra Kallel Chtourou, eine junge Frau im Businesskostüm, die in ihrer Mittagspause mit Arbeitskollegen hierher gekommen ist. Sie arbeitet für den Konzern LG Electronics und erzählt, Belhassan habe Stereoanlagen und Waschmaschinen ins Land geschmuggelt und diese an den Straßenecken zur Hälfte des regulären Preises verkaufen lassen.

Es ist nur eine von vielen Geschichten über die skrupellose Selbstbereicherung